

Die Mühen der Ebene: Parteilarbeit der Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis

Danny Schindler

Bei der Aufstellung der Wahlkreisandidaten für die Bundestagswahl 2013 bewies sich erneut höchst augenfällig, welche existenzielle Bedeutung die örtliche Parteiorganisation für Abgeordnete hat, die wieder nominiert werden wollen. *Siegfried Kauder*, seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, wurde von seiner Parteibasis seit geraumer Zeit ein verfehlter parteiinterner Führungsstil vorgeworfen – das Ergebnis: Er unterlag im Nominierungsverfahren als Direktkandidat für den 18. Bundestag einem Gegenkandidaten. Ebenso erging es *Norbert Geis*, dem laut Medienberichterstattung vorgeworfen wurde, zu traditionalistisch und in seinen extremen Positionen schädlich für den Wahlkreis zu sein. In einer Stichwahl knapp wiedernominiert wurde hingegen *Erika Steinbach*, die vorher unter anderem für ihre mangelnde Präsenz bei festlichen Veranstaltungen in den Bezirksverbänden kritisiert worden war.¹

Von den vielfältigen Anreizen zur Verankerung in ihren Parteigliederungen, denen Abgeordnete ausgesetzt sind, entfaltet die Kandidatennominierung im Wahlkreis die größte Wirkung. Sie setzt in der Regel eine zeitaufwendige Basisarbeit in lokalen und regionalen Parteistrukturen voraus. Allerdings ist eine erfolgreiche innerparteiliche Bewährung nicht nur wichtig für Kandidaten, die Direktmandate gewinnen. Sie ist auch Ausgangspunkt der Abgeordententätigkeit für jene, die über die Landeslisten ihrer Parteien in den Bundestag einziehen, vorher aber im Wahlkreis kandidiert haben. Empirische Untersuchungen stützen hier die Annahme, dass die Kandidatur vor Ort „eine zentrale, wenn nicht gar zwingende Voraussetzung für eine aussichtsreiche Platzierung auf der Liste“ darstellt.² Erklärt werden kann dies mit der Hoffnung (auch kleiner Parteien) auf positive Zweitstimmeneffekte durch einen vor Ort ansprechbaren und aktiven Kandidaten.³ In Übereinstimmung damit hat einerseits die Zahl solcher Doppelkandidaturen – zugleich auf der Liste und im Wahlkreis – im Zeitverlauf stark zu- und reine Wahlkreis- beziehungsweise Listenkandidaturen immer mehr abgenommen.⁴ So kandidierten im 15. Bundestag beispielsweise nur 19 von 603 Abgeordneten nicht im Wahlkreis.⁵ Andererseits halten praktisch alle Parlamentarier die

- 1 Vgl. *Rüdiger Soldt*, Im Nebel verschwunden, in: FAZ vom 19. November 2012, S. 4; *Sonja Süß*, Der Solitär aus Aschaffenburg, in: FAS vom 7. Oktober 2012, S. 4; *Tobias Rösmann*, Schwund der Vertriebenen, in: FAZ vom 19. Januar 2013, S. 8.
- 2 Vgl. *Suzanne S. Schüttemeyer / Roland Sturm*, Der Kandidat – das (fast) unbekannte Wesen: Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag, in: ZParl, 36. Jg. (2005), H. 3, S. 539 – 553, S. 548; *Wolfgang Ismayr*, Der Deutsche Bundestag, Wiesbaden 2012, S. 76.
- 3 Vgl. *Philip Manow*, Wahlkreis- oder Listenabgeordneter, Typus oder Episode? Eine Sequenzanalyse der Wege in den Bundestag, in: PVS, 53. Jg. (2012), H. 1, S. 53 – 78, S. 56; *Karen E. Cox / Leonard J. Schoppa*, Interaction Effects in Mixed-Member Electoral Systems: Theory and Evidence from Germany, Japan, and Italy, in: Comparative Political Studies, 35. Jg. (2002), H. 9, S. 1027 – 1053, S. 1031.
- 4 Vgl. *Philip Manow / Martina Nistor*, Wann ist ein Listenplatz sicher? Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953 bis 2002, in: ZParl, 40. Jg. (2009), H. 3, S. 603 – 620, S. 618, S. 608.
- 5 Vgl. *Suzanne S. Schüttemeyer / Roland Sturm*, a.a.O. (Fn. 2), S. 549.

Wahlkreisarbeit für wichtig oder sehr wichtig.⁶ Nicht nur diese wird damit aber zu einem Leistungskriterium der Abgeordneten, sondern mit ihr auch die Parteiarbeit im Wahlkreis. Es kann also argumentiert werden: Eine kontinuierliche Pflege der eigenen Parteibasis ist für nahezu alle Mitglieder des Bundestages zu erwarten, weil deren Aufstellung im Wahlkreis zur Absicherung der parlamentarischen Karriere beiträgt.

Ein zweiter wesentlicher Anreiz zur Verankerung vor Ort dürfte in den erweiterten Möglichkeiten zur Beteiligung am innerparteilichen Willensbildungsprozess liegen. Lokale und regionale Parteigremien selektieren und aggregieren dabei nicht nur (Partei-)Interessen, sie sind umgekehrt auch Resonanzraum für sachpolitische Positionen der Abgeordneten oder ihrer Fraktion insgesamt.

Folge beider Anreizwirkungen ist im Übrigen, dass viele Abgeordnete aus guten Gründen Führungspositionen auf den unteren Organisationsebenen übernehmen⁷: Erstens üben die Parteiführungen in Orts- und Kreisverbänden maßgeblichen Einfluss auf die Aufstellung der Wahlkreiskandidaten aus.⁸ Zweitens ermöglichen Leitungsfunktionen auch eine effektivere Teilnahme an der parteilichen Willensbildung vor Ort.

Eine feste Einbindung in die Orts- und Kreisparteien ist schließlich auch wertvoll, weil Parteimitglieder Unterstützung für „ihren“ Abgeordneten auch jenseits dessen direkter Kontakte mobilisieren können. Nicht zuletzt stehen sie auch als ehrenamtliche Helfer im Wahlkampf zur Verfügung.

Aus den genannten Argumenten erwachsen wichtige empirische Fragen: Wie genau betreiben Abgeordnete Parteiarbeit im Wahlkreis? Welche Kontaktmuster bestehen innerhalb der örtlichen Parteigliederungen, und wie lässt sich jene Basispflege näher charakterisieren? Folgt man einem weiten Verständnis von Parteiarbeit, ist darüber hinaus zu fragen: Inwiefern agieren Parlamentarier generell bei der Wahlkreisarbeit als Vertreter ihrer Partei? Und: Schlägt sich die parlamentarische Parteienkonkurrenz sowie die persönliche Abgeordnetenkonkurrenz auch in der Wahlkreiskommunikation nieder? Diese Zusammenhänge sind bisher kaum untersucht worden.⁹ Wenn Studien dieses Forschungsfeld oder allgemein die Wahlkreisarbeit beleuchten, beruhen sie methodisch fast ausnahmslos auf Abgeordnetenbefragungen.¹⁰ Demgegenüber basiert der vorliegende Beitrag zur Parteiarbeit im Wahlkreis auf einer systematischen Beobachtungsstudie zur Repräsentationspraxis vor Ort.

- 6 Wolfgang Ismayr berichtet beispielsweise Daten, wonach dies für 99 Prozent aller Mitglieder des Bundestages gilt. *Ders.*, a.a.O. (Fn. 2), S. 86.
- 7 Vgl. Werner J. Patzelt, Deutschlands Abgeordnete: Profil eines Berufsstandes, der weit besser ist als sein Ruf, in: ZParl, 27. Jg. (1996), H. 3, S. 462 – 502, S. 488; *ders.* / Karin Algasinger, Abgehobene Abgeordnete? Die gesellschaftliche Vernetzung der deutschen Volksvertreter, in: ZParl, 32. Jg. (2001), H. 3, S. 503 – 527, S. 514.
- 8 Vgl. Suzanne S. Schüttemeyer / Roland Sturm, a.a.O. (Fn. 2), S. 546.
- 9 Zu nennen sind hier vor allem die Untersuchungen Werner J. Patzels, a.a.O. (Fn. 7); *ders.* / Karin Algasinger, a.a.O. (Fn. 7).
- 10 Lediglich die Studie von Werner J. Patzelt und Karin Algasinger basiert auf der Beobachtung von Landtags- und Bundestagsabgeordneten in je zwei Wahlkreisen in Hessen und Sachsen. Vgl. *dies.*, a.a.O. (Fn. 7).

1. Datenbasis und forschungsleitende Annahmen

Im Rahmen des Projekts „Citizens and Representatives in France and Germany“ (CITREP) wurde die Wahlkreisarbeit von Abgeordneten in Deutschland und Frankreich untersucht und der Bevölkerungswahrnehmung in beiden Ländern gegenübergestellt.¹¹ Dafür wurden in Deutschland unter anderem 64 Mitglieder des Deutschen Bundestages zwischen Februar 2011 und Mai 2012 für in der Regel drei Tage bei der Wahlkreisarbeit beobachtet. Der Forschungsansatz schließt in Teilen an die Studien *Richard F. Fenno* an, der bereits in den 1970er Jahren 18 Kongressmitglieder bei der Wahlkreisarbeit begleitete und daraus induktiv Annahmen zum Wahlkreisstil entwickelte.¹² Demgegenüber wurde im CITREP-Projekt eine systematische Erhebung durchgeführt: Jede Veranstaltung wurde mittels eines vorstrukturierten Beobachtungsbogens dokumentiert, der nominale, ordinale und metrische Einschätzungen ebenso enthielt wie offene Kategorien, um weitere Besonderheiten aufzunehmen. Auf diese Weise wurden 618 Veranstaltungen mit einer Nettobeobachtungsdauer (ohne Fahrtzeiten und Hintergrundkommunikationen zwischen einzelnen Terminen) von 969 Stunden erfasst. Ergänzt wurden die Beobachtungen durch leitfadengestützte Interviews mit den 64 begleiteten und drei weiteren Abgeordneten, bei denen eine Beobachtung aus zeitlichen und organisatorischen Gründen nicht möglich war. Des Weiteren erstellte jeder Beobachter ein nichtstandardisiertes Beobachtungsprotokoll, in dem die einzelnen Termine in der Regel detaillierter beschrieben und interessante Ereignisse sowie exemplarische Zitate festgehalten wurden.

Insgesamt handelt es sich um die bisher breiteste durch Beobachtungen gewonnene Datengrundlage: Mehr als ein Zehntel (10,8 Prozent) der Mitglieder des 17. Bundestages wurde im Wahlkreis begleitet. Unabhängig von jenen Informationen, die ersichtlich explorativer Natur sind, ist allerdings zu fragen: Können die präsentierten Daten auch generalisiert werden? Dem steht klar entgegen, dass das Forschungssample keine Zufallsstichprobe darstellt und damit nicht zu inferenzstatistisch repräsentativen Ergebnissen führen kann. Gewonnen wurde es in einem systematischen Auswahlverfahren auf der Basis von 19 Wahlkreis- und Abgeordnetenmerkmalen.¹³ Einiges spricht allerdings dafür, dass die berichteten Befunde ähnlich für die Grundgesamtheit der Parlamentarier gelten können. Erstens entspricht die Verteilung der Auswahlkriterien im Abgeordnetensample jener im Deutschen Bundestag der 17. Wahlperiode. Zweitens war die Erfolgsquote bei der Abgeordnetenansprache mit 67 Prozent recht hoch, und die Gruppe der absagenden Parlamentarier¹⁴ unterscheidet sich

11 Durchgeführt wurde CITREP in den Jahren 2010 bis 2013 unter Leitung von *Oscar W. Gabriel* (Universität Stuttgart), *Suzanne S. Schüttemeyer* (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) und *Eric Kerrouche* (Sciences Po, Bordeaux), vgl. www.citrep.eu. Dank gebührt an dieser Stelle der Deutschen Forschungsgemeinschaft sowie der Agence Nationale de la Recherche für ihre Förderung im Rahmen einer Sachbeihilfe. In besonderem Maße dankt das CITREP-Team zudem den beteiligten Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

12 Vgl. *Richard F. Fenno*, *Home Style: House Members in their Districts*, New York 1978.

13 Dazu gehören unter anderem Geschlecht, Alter, Seniorität, Parteizugehörigkeit und Mandatsyp der Abgeordneten sowie Urbanisierungsgrad und Arbeitslosenquote der Wahlkreise.

14 Die Gründe für Absagen fielen unterschiedlich aus. Meist wurden schlechte Erfahrungen mit wissenschaftlichen Studien oder die prinzipielle Ablehnung einer Beteiligung genannt. Bei zwei MdBs kam eine Begleitung nicht zustande, weil sie vor Beobachtungsbeginn Ministerämter auf Landesebene übernahmen.

hinsichtlich der verwendeten Auswahlkriterien kaum vom Beobachtungssample, so dass systematische Selektionseffekte unwahrscheinlich sind. Drittens stimmen jene Teilergebnisse dieses Beitrags, zu denen bereits Interviewstudien vorliegen, mit deren repräsentativen Befunden auffallend überein. In methodischer Hinsicht erscheint, viertens, auch die Sorge vor Verzerrungen durch die Auswahl der Beobachtungstage wenig begründet: Erstens schlugen die Mitarbeiter erfolgreich angesprochener Abgeordneter in der Regel die nächstmögliche sitzungsfreie Woche vor und zweitens gaben in den abschließenden Leitfadeninterviews 52 von 62 Parlamentariern an, dass die zurückliegenden Beobachtungstage „typisch“ für ihre Wahlkreisarbeit waren. Zehn Befragte konnten dem eher nicht zustimmen. In ihren Begründungen wurde betont, dass bestimmte typische Veranstaltungen fehlten (genannt wurden etwa ein Vereinsfest, eine Firmenbesichtigung oder – dreimal erwähnt – eine Parteiveranstaltung). Außerdem berichteten neun Parlamentarier, dass üblicherweise noch mehr Termine im gleichen Zeitrahmen stattfinden. Wenig begründet ist, fünftens, auch die Befürchtung, Abgeordnete könnten während der Beobachtungen ihr Verhalten im Sinne sozialer Erwünschtheit anpassen: Dem steht nicht nur die vergleichsweise lange Beobachtungszeit mit mehrstündigen Veranstaltungen an drei aufeinanderfolgenden Tagen entgegen. Vor allem wussten die Abgeordneten um die Anonymität bei der Datenauswertung, so dass rationale Motive für verstelltes Verhalten nicht vorliegen dürften. Im Gesamtbild dürfte es sich daher um aussagekräftige Befunde handeln.

Aus theoretischer Perspektive lassen sich folgende Erwartungen formulieren: (1) Partei-bezogene Termine sollten zu den häufig beobachteten Veranstaltungstypen im Wahlkreis gehören und einen maßgeblichen Teil der Wahlkreisarbeit ausmachen.

(2) Weil eine aussichtsreiche Platzierung auf der Landesliste in der Regel eine erfolgreiche (Wieder-)Nominierung im Wahlkreis voraussetzt, dürften diesbezüglich auch kaum Unterschiede zwischen im Wahlkreis und über die Parteiliste gewählten (vorher aber im Wahlkreis kandidierenden) Abgeordneten existieren. Für die parteiliche Verankerung vor Ort sollte die strittige These von einer auf den Mandatstyp zurückgehenden Rollendifferenzierung zwischen (primär wahlkreisorientierten) Direkt- und (primär parteiorientierten) Listenabgeordneten¹⁵ daher keine Bestätigung finden.

(3) Im Hinblick auf verschiedene Kommunikationsrollen bei der Wahlkreisarbeit ist einerseits davon auszugehen, dass die des Parteivertreters dominiert. Nicht nur sollte es zum Kernbestand der an Abgeordnete gerichteten Rollenerwartungen gehören, dass sie als Ansprechpartner und Aushängeschilder ihrer Partei und Fraktion agieren. Volksvertreter dürften auch wissen, dass ihre Parteien und womöglich deren Spitzenkandidaten, jedenfalls aber kaum sie selbst primärer Bezugspunkt der Wahlentscheidung der Bürger sind.¹⁶ Andererseits kann erwartet werden, dass sich Parlamentarier gelegentlich auch von der eigenen Partei abgrenzen. Entsprechende Anreize entstehen zumindest dadurch, dass man im Wahlkreis „allein“ unterwegs ist, etwaige Kritik an Parteipositionen aber ohnehin kaum von der Fraktion oder Bundespartei sanktioniert werden kann. Ein Löcken wider den Parteistachel oder zumindest die Verdeutlichung eigenständiger Positionen dürfte zudem ein probates Mittel sein, um Aufmerksamkeit und Bekanntheit zu erzielen, also um als individueller Abgeord-

15 Vgl. als instruktiven Überblick *Philip Manow*, a.a.O. (Fn. 3).

16 Vgl. *Dieter Nohlen*, *Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme*, Opladen 2007, S. 341.

netter sichtbar zu werden.¹⁷ Nicht zuletzt ist Abgrenzungsverhalten aber auch strukturell bedingt, weil Parteien keine unitarischen Akteure darstellen.

(4) Konkurrenz gehört zur Parteiendemokratie ebenso wie zur parlamentarischen Regierungsform, die auf dem Dualismus von Regierungsmehrheit und Opposition basiert. Daher wird vermutet, dass die Logik des Parteienwettbewerbs auch in die lokale und regionale Ebene hinein wirkt und sich in der Wahlkreiskommunikation der Abgeordneten niederschlägt.

(5) Davon zu unterscheiden ist allerdings der individuelle Konkurrenzkampf der Abgeordneten vor Ort. Zwei Gründe sprechen dafür, dass dieser auch tatsächlich durch Verweise auf und Abgrenzungen von Kollegen im selben Wahlkreis ausgetragen wird. Zum einen konkurrieren Abgeordnete miteinander als Mitglieder von Parteien, als deren Repräsentanten sie auch wahrgenommen werden. Zum anderen kommen persönliche Wettbewerbsmotive hinzu: Offensichtlich ist dies bei Abgeordneten vor allem der großen Parteien, die über eine realistische Gewinnchance im Wahlkreis verfügen. Aber auch Vertretern kleiner Parteien kann man ein Interesse daran unterstellen, im Wahlkreis möglichst gut (zu Lasten anderer Kandidaten) abzuschneiden. Dieses Ziel sollte nicht nur persönlichem Ehrgeiz entspringen. Die wahlstrategische Bedeutung des Erststimmenergebnisses liegt vielmehr darin, dass es gegenüber Partei und Fraktion als Ausweis der eigenen Leistung im Wahlkreis gelten kann und damit letztlich auch die Chancen auf sichere Listenpositionen verbessert werden.¹⁸ In der Summe sollte dies also dazu führen, dass Abgeordnete in ihrer Wahlkreiskommunikation untereinander kompetitiv agieren. Abschwächen könnte diese „personalisierende Logik der Erststimmenkonkurrenz“¹⁹ allerdings, dass viele Wahlkreistätigkeiten nicht in einem dem Bundestagsplenum vergleichbaren öffentlichen Forum, sondern hinter geschlossenen Türen stattfinden. Aus der Parlamentarismusforschung hinlänglich bekannt ist etwa, dass abseits des Plenarsaals vielfältige informelle Kontakte zwischen eigentlich konkurrierenden Abgeordneten bestehen und über Fraktionsgrenzen hinweg ein kollegialer Umgang gepflegt wird.²⁰ Daher wird erwartet, dass die persönliche Abgeordnetenkonkurrenz zwar Niederschlag in der Wahlkreiskommunikation findet, aber auf einem im Vergleich zum Parteienwettbewerb niedrigeren Niveau.

2. Parteiveranstaltungen vor Ort: vielfältige Formen und Funktionen²¹

17 Vgl. auch *Thomas Saalfeld*, *Parteisoldaten und Rebellen: eine Untersuchung zur Geschlossenheit der Fraktionen im Deutschen Bundestag (1949 – 1990)*, Opladen 1995.

18 Vgl. *Thomas Zittel*, Die elektronische Wählerkommunikation von Abgeordneten aus vergleichender Perspektive – Medienwandel oder Demokratiewandel?, in: *ZPol*, 18. Jg. (2008), H. 2, S. 185 – 208, S. 202; *Philip Manow*, a.a.O. (Fn. 3), S. 56.

19 *Thomas Zittel*, a.a.O. (Fn. 18), S. 202.

20 Vgl. *Renate Mayntz* / *Friedhelm Neidhardt*, *Parlamentskultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten – eine empirisch explorative Studie*, in: *ZParl*, 20. Jg. (1989), H. 3, S. 370 – 387, S. 382; *Heinrich Best*, *Associated Rivals: Antagonism and Cooperation in the German Political Elite*, in: *Comparative Sociology*, 8. Jg. (2009), H. 3, S. 419 – 439, S. 428.

21 In diesem und im folgenden Kapitel werden nur jene Prägefaktoren berichtet, die in unseren Daten jeweils die größten Prozentpunktdifferenzen zwischen zwei dichotomen Merkmalen (etwa Zugehörigkeit zur Regierungsmehrheit versus Opposition, große versus kleine Parteien, Listenversus Direktmandat etc.) aufweisen. Eine umfassendere Prüfung bleibt detaillierteren Analysen vorbehalten.

2.1. Umfang, Struktur, Kontaktmuster

Welche Rolle spielt die eigene Parteiorganisation bei der Tätigkeit vor Ort? Blickt man auf die häufigsten Veranstaltungen im Wahlkreis, überwiegen zunächst deutlich Besuche in Behörden und öffentlichen Einrichtungen: 133 der insgesamt 618 beobachteten Veranstaltungen entsprechen dieser Kategorie (21,5 Prozent). Parteiinterne Termine²² machen mit 94 Veranstaltungen (15,2 Prozent) die zweithöchste Zahl aus, gefolgt von 68 Besuchen in Betrieben und Unternehmen (11,0 Prozent), 65 gesellschaftlichen Terminen (10,5 Prozent) wie etwa Dorffeste oder kulturelle Einweihungen und 57 politischen Veranstaltungen (9,2 Prozent), beispielsweise politische Frühschoppen oder Bürgerversammlungen.²³ Zu bedenken ist allerdings, dass mehr als zwei Drittel der zuletzt genannten politischen Veranstaltungen (37 von 57 Terminen) von der eigenen Partei organisiert wurden. Zählt man diese Termine zur Parteiarbeit hinzu, entspricht der Anteil parteibezogener Veranstaltungen insgesamt (21,2 Prozent) in etwa jenen der Besuche in Behörden und öffentlichen Einrichtungen. Berücksichtigt man zudem, dass es sich bei diesem Veranstaltungstypus um eine Sammelkategorie handelt, die Treffen mit Bürgermeistern ebenso umfasst wie den Besuch von Bundeswehreinrichtungen oder Schulen, kann als Fazit durchaus gezogen werden: Im Vergleich der Einzelaktivitäten im Wahlkreis kommt der Parteiarbeit eine dominierende Rolle zu.

Dieses Bild wird weiter gestützt, blickt man nicht auf die Anzahl, sondern die Gesamtdauer der besuchten Veranstaltungen und deren Anteil an der knapp 1.000-stündigen Beobachtungszeit. Hier entspricht schon die für parteiinterne Termine aufgewendete Zeit (18,8 Prozent) ungefähr jener der Behördenbesuche (19,1 Prozent). Insgesamt, also unter Hinzunahme der parteiorganisierten politischen Veranstaltungen, verbrachten die Abgeordneten aber 27,3 Prozent (264,2 Stunden) und damit mehr als jede vierte Stunde ihrer Repräsentationspraxis mit Parteiarbeit.²⁴ Die durchschnittliche Dauer eines Parteitermins (parteiintern oder als politische Veranstaltung) betrug 2,02 Stunden und wurde lediglich durch außerparteiliche Gremiensitzungen (2,31 Stunden) übertroffen.²⁵ Insgesamt lässt sich festhalten: Während Abgeordnete im Wahlkreis eine Vielzahl an Akteuren treffen, findet die stärkste Vernetzung zur eigenen Parteiorganisation statt – ein Ergebnis, das sich mit den Interviewbefunden *Werner J. Patzelt* zu den wichtigsten Rollenpartnern bei der Wahlkreisarbeit deckt.²⁶

Verwunderlich bleibt allerdings, dass die zahlenmäßige große Bedeutung der Parteiarbeit sich nicht in den Selbstauskünften der Parlamentarier spiegelt. Gefragt nach den wichtigsten

- 22 Parteiintern ist nicht im strengen Wortsinne zu verstehen. So können beispielsweise an Mitgliederversammlungen der Ortsvereine im Einzelfall auch Nichtmitglieder beziehungsweise Interessierte und Gäste teilnehmen.
- 23 Auf den weiteren Plätzen finden sich die folgenden Veranstaltungskategorien: Treffen mit Interessengruppen (52 Termine), Bürgersprechstunden (46), Vereinsbesuche (34), Treffen mit Journalisten (32), Gremiensitzungen (17), Treffen mit religiösen Gruppen (acht), sonstiges (zwölf). Vgl. zur Wahlkreisarbeit allgemein den Beitrag von *Sven T. Siefken* in diesem Heft der ZParl.
- 24 Zum Vergleich: Die nach Parteiarbeit und Behördenbesuchen drittgrößte Dauer entfällt auf gesellschaftliche Veranstaltungen, denen Abgeordnete 10,7 Prozent ihrer Zeit im Wahlkreis widmen. Aber auch zwischen einzelnen Veranstaltungen kann punktuell Parteiarbeit betrieben werden: So wird beispielsweise in einem der anonymisierten Beobachtungsprotokolle berichtet, dass ein Parlamentarier zwischendurch drei Parteimitglieder anrief, um diesen zum Geburtstag zu gratulieren, Beobachtungsprotokoll (anonymisiert).
- 25 Die mittlere Dauer eines Behördenbesuchs beträgt 1,39 Stunden, jene eines Wahlkreistermins allgemein 1,57 Stunden.
- 26 Vgl. *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn 7), S. 483 f.; *ders.* / *Katrin Algasinger*, a.a.O. (Fn. 7), S. 505 f.

Dingen, die im Wahlkreis getan werden²⁷, verweisen lediglich sieben von 67 Abgeordneten (aus allen fünf Bundestagsfraktionen stammend) auf die Pflege ihrer Partei. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren, aber möglicherweise wird hier einer parteienkritischen Grundstimmung in der Bevölkerung vorausseilend nachgegeben.²⁸ Deutlich häufiger erwähnt wird die eigene Parteiorganisation, wenn man Abgeordnete danach befragt, wie sie von den Interessen, Meinungen und Wünschen im Wahlkreis erfahren: Unter den elf inhaltsanalytisch identifizierten Antwortkategorien wird die eigene Parteibasis von gut einem Drittel der Parlamentarier (22 von 64 MdBs) genannt²⁹, nur überboten durch den eher allgemeinen Verweis auf Bürgergespräche (40 MdBs) und die Nennung der Lokalmedien (48 MdBs).

Eine Analyse der für die Verankerung in der Parteibasis relevanten Prägefaktoren weist insgesamt kaum Unterschiede auf. Entsprechend der oben formulierten Erwartung scheint zunächst der Typ des Mandats keine relevante Einflussgröße zu sein. Zumindest finden sich für den Anteil parteiinterner Treffen nahezu keine Unterschiede zwischen Abgeordneten mit Direkt- (15,1 Prozent) und Listenmandat (15,3 Prozent).³⁰ Diese schwache Prozentpunktdifferenz von 0,2 ist zudem die geringste unter neun geprüften Einflussfaktoren überhaupt. Für den spezifischen Kontext parteiinterner Wahlkreisarbeit stützen diese Daten also nicht die These, dass das deutsche Mischwahlssystem zwei Abgeordnetentypen mit diskontinuierten Verhaltensmustern hervorbringt.³¹

Aber auch für die übrigen Kriterien finden sich nur minimale Unterschiede, die nur einmal mehr als 1,5 Prozentpunkte betragen: Abgeordnete, die ein kommunales Mandat ausüben, weisen einen moderat geringeren Anteil parteiinterner Veranstaltungen auf (13,0 Prozent der Wahlkreistermine) als ihre Kollegen ohne Kommunalamt (15,8 Prozent).³² Da ihr zusätzliches Amt stärkere zeitliche Belastungen mit sich bringt, aber

27 Vgl. dazu auch den Beitrag von *Sven T. Siefken* in diesem Heft der ZParl.

28 Zu dieser Interpretation passen würde zumindest, dass die in CITREP geführten Interviews den Abgeordneten zur Autorisierung vorgelegt wurden, um sie auch namentlich zitieren zu können. Wenn überhaupt, wurde im Autorisierungsprozess selbst allerdings nur redaktionell nachgebessert und keine Aussagen hinzugefügt oder gestrichen. Vereinzelt wurden Textstellen, mit denen MdBs nicht namentlich zitiert werden möchten, anonymisiert.

29 Exemplarisch für die Antworten der Parlamentarier sind folgende Zitate: „Ein Ortsverband einer Partei hat eine sehr starke Kommunikationsfunktion, gerade auch für die Abgeordneten. [Er] bekommt mit, was in einer Gemeinde gerade gefordert ist, was diskutiert wird, welche Probleme da sind. Und das bekomme ich mitgeteilt.“ (*Norbert Geis*, MdB, CSU); „Wenn ich wirklich etwas [über die Interessen, Meinungen und Wünsche im Wahlkreis] erfahren will, muss ich in den Ortsverband gehen, entweder in eine OV-Sitzung oder in die Fraktion. Gut ist es mit einem Thema, aber auch gut ist es, einfach offen mal nur zuzuhören. Also dann kommen erst wirklich die Sachen raus.“ (MdB, Aussage anonymisiert).

30 Zum Beobachtungssample gehören 32 MdBs mit Direkt- und 32 mit Listenmandat. Nur ein Abgeordneter war ausschließlich auf der Landesliste seiner Partei angetreten.

31 Interessanterweise finden sich in den geführten Leitfadeninterviews Hinweise darauf, dass die These von einer Rollendifferenzierung bei der Parteilarbeit der Wahrnehmung einiger (direkt gewählter) Abgeordneter entspricht. Gefragt nach dem Schwerpunkt der eigenen Abgeordnetentätigkeit (Parlament, Wahlkreis oder beides) antwortete ein im Wahlkreis gewählter Parlamentarier beispielsweise: „Rein vom Inhaltlichen hat beides Bedeutung. Für einen direkt gewählten Abgeordneten noch mehr als für jemanden, der jetzt über die Liste einzieht, der dann sicherlich einen Schwerpunkt noch zusätzlich in der Parteilarbeit hat.“ (*Stefan Müller*, MdB, CSU). Dies verdeutlicht die Wichtigkeit von Studien, die auf Verhaltensdaten beruhen.

32 Im Beobachtungssample hatten 22 MdBs ein lokales politisches Amt inne, bei 42 war dies nicht der Fall.

indirekt – über die Kommunalpolitik – auch eine (kompensierende) Vernetzung zur Partei bedeutet, kann dieser Befund nicht überraschen.

Ein vielschichtiges Bild offenbart ein genauerer Blick auf die Struktur parteiinterner Tätigkeiten.³³ Zunächst fällt auf, dass genau Dreiviertel der Veranstaltungen hinter geschlossenen Türen stattfand, während ein Viertel eine nach außen offene Kommunikationsstruktur aufwies. Zwar entspricht diese Verteilung nahezu jener für die Wahlkreisarbeit insgesamt, die sich folglich durch die Dominanz geschlossener Veranstaltungen auszeichnet. Da es sich um parteiinterne und nicht um politische Veranstaltungen handelt, hätte man aber einen höheren Grad an Abgeschlossenheit erwarten können. Eine genauere Analyse zeigt allerdings, dass vor allem Festivitäten und Mitgliederversammlungen (halb)offen stattfinden.

Die durchschnittliche Dauer eines parteiinternen Termins betrug 1,94 Stunden, weist aber eine sehr weite Spanne (0,4 bis 5,0 Stunden) auf. Breit gestreut ist auch die Anzahl der Kommunikationspartner: Als häufigste Kategorie umfasst ein Viertel der Termine elf bis 20 Teilnehmer. Jeweils ein Fünftel zählt einen bis fünf, sechs bis zehn und 21 bis 40 Anwesende. Die restlichen knapp 15 Prozent entfallen auf noch größere Veranstaltungen. Zwei Vergleichszahlen verdeutlichen die in dieser Hinsicht besondere Struktur parteiinterner Tätigkeit: Während sich die Wahlkreisarbeit insgesamt vor allem durch kleine Kommunikationsräume auszeichnet (43,5 Prozent der Veranstaltungen weisen maximal fünf Teilnehmer auf; parteiintern: 20,6 Prozent), finden sich bei der Parteiarbeit doppelt so häufig mittelgroße Veranstaltungen mit elf bis 40 Teilnehmern (45,6 Prozent; im Wahlkreis allgemein: 22,6 Prozent).

Drei von zehn Terminen (29,8 Prozent) fanden zudem außerhalb der formalen Wahlkreisgrenzen statt. Dabei handelt es sich einerseits um Sitzungen von Parteigliederungen oberhalb der Wahlkreisebene. Andererseits spiegelt dies wider, dass Abgeordnete weitere geographische Bereiche betreuen, in denen ebenfalls die Parteiorganisation zu pflegen ist.³⁴ Vor allem Parlamentarier kleiner Bundestagsfraktionen sind von einer geringen „Betreuungsdichte“ in einem Bundesland (Anzahl der Abgeordneten aus einem Landesverband) betroffen und müssen damit gelegentlich Parteiaktivitäten außerhalb des eigenen Wahlkreises übernehmen. Allerdings existieren bundeslandabhängig große Unterschiede. So saßen etwa für die SPD in der 17. Wahlperiode nur drei Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt im Bundestag, für die Linke hingegen doppelt so viele. Einer jener drei Parlamentarier der SPD, *Burkhard Lischka*, berichtete in unseren Interviews beispielsweise von der „Vernetzung zu den über 90 Ortsvereinen“ in seinen „vier Betreuungswahlkreisen“.

Eine Differenzierung der beobachteten Parteiveranstaltungen macht ferner deutlich, dass mannigfaltige Kontaktmuster existieren. Wie die Tabelle ausweist, dominieren Vorstandssitzungen (am häufigsten auf Kreisebene) und Mitgliederversammlungen. Überraschend hoch ist auch die Zahl der Zusammentreffen mit Landtagsmitgliedern, die Gespräche mit der Fraktionsführung und Ministern ebenso umfassen wie Einzelgespräche der gemeinsam vor Ort tätigen Abgeordneten. Auch die gleiche Anzahl von Festveranstaltungen und Treffen themenbezogener Arbeitsgruppen zeigt an, dass es im Wahlkreis keinesfalls nur um Parteipflege allein durch Präsenz geht. Vielmehr werden vielfältige Funktionen erfüllt, zu denen

33 Nicht bei allen 94 parteiinternen Sitzungen konnten Beobachter anwesend sein: In knapp zwei Drittel der Veranstaltungen (62,8 Prozent) war eine Teilnahme möglich. Auch wenn dies nicht der Fall war, wurden allerdings für die meisten allgemeinen Kategorien (etwa Zeitdauer und Kontaktpartner) Informationen erhoben, entweder eigenständig oder durch Nachfrage bei Teilnehmern.

34 Mehr als die Hälfte der Abgeordneten gab an, in weiteren Betreuungsgebieten tätig zu sein.

<i>Tabelle: Typ und Anzahl parteiinterner Veranstaltungen im Wahlkreis</i>	
Vorstandssitzungen	24
Mitgliederversammlungen	16
Treffen mit MdLs aus eigener Partei	14
parteiinterne Interessengruppen (etwa Senioren- oder Jugendorganisation)	11
Festveranstaltungen	7
fachlich spezialisierte Arbeitsgruppen und -kreise	7
Treffen mit kommunalen Mandatsträgern aus eigener Partei	5
Sonstiges	10
Quelle: CITREP; Beobachtung von 94 parteiinternen Veranstaltungen bei 64 MdBs.	

neben der strategischen Vernetzung in den örtlichen Führungsgremien und zur Fraktion im Landtag auch die Sacharbeit gehört. Dass die Arbeitsgruppentreffen außer regionalen Themen auch Materien betrafen, die der Zuständigkeit der Abgeordneten im Bundestag entsprechen, zeigt im Übrigen, dass sich die parlamentarische Fachspezialisierung und Expertentätigkeit durchaus auch in die Parteiarbeit im Wahlkreis „verlängern“ kann.

2.2. Merkmale parteiinterner Kommunikation

Im Hinblick auf die „Kommunikationsrichtung“ bei der Wahlkreisarbeit kann unterschieden werden zwischen der aktiven Vermittlung eigener Positionen, die Teil und Ausweis von Führungsleistung ist, und der passiven Aufnahme von Informationen, die eine Voraussetzung für responsives Handeln darstellt.

Bei parteiinternen Veranstaltungen sind beide Komponenten wichtig: Die Politikvermittlung war in mehr als jeder zweiten Veranstaltung (51,9 Prozent), die Informationsaufnahme bei fast jeder zweiten (42,9 Prozent) stark oder sehr stark ausgeprägt. Ihr in dieser Hinsicht besonderes Profil wird jedoch erst im Vergleich zur übrigen Wahlkreistätigkeit deutlich. Erstens dominiert im Gegensatz zu parteiinternen Terminen bei der Wahlkreisarbeit allgemein die Informationsgewinnung: In 59,6 Prozent der begleiteten Veranstaltungen fiel diese stark oder sehr stark aus; für die Politikvermittlung war dies nur in 35,4 Prozent der Termine der Fall. Vergleicht man beide Komponenten veranstaltungsspezifisch, gibt es, zweitens, insgesamt auch nur drei Kategorien, in denen die Vermittlungskomponente überwog: Neben parteiinternen Terminen ist dies noch stärker bei politischen Veranstaltungen und – wenig überraschend – bei Kontakten zu Journalisten der Fall. Bei allen anderen Veranstaltungstypen kommt der Informationsgewinnung die größere Bedeutung zu. Bei Besuchen von Behörden und öffentlichen Einrichtungen sowie in Betrieben ist sie beispielsweise mehr als doppelt so stark ausgeprägt wie die Orientierungsleistung durch den Abgeordneten. Drittens stimmt dieses Bild auch, wenn man sich beide Komponenten einzeln anschaut: Bei der Informationsaufnahme gehören parteiinterne Tätigkeiten zu den Veranstaltungen mit den geringsten Werten, bei der Politikvermittlung stellt sich dies genau umgekehrt dar.³⁵ Parteiveranstaltungen, so lässt sich schlussfolgern, stellen also ein Forum dar, in dem die Beschreibung vom „legislator as educator“³⁶ tatsächlich zutrifft.

35 Basis für diese Einschätzungen ist jeweils ein Vergleich der kumulierten Kategorien „stark“ und „sehr stark“.

36 *William J. Fulbright*, *The Legislator as Educator*, in: *Foreign Affairs*, 57. Jg. (1979), H. 4, S. 719 – 732.

Deutlich wird dies auch, wenn man im Anschluss an die Studie *Richard F. Fenno* die Politikdarstellung bei der Wahlkreisarbeit näher untersucht. Während *Fenno* zwischen „explaining power“ und „explaining policy“ unterschied³⁷, wurde im CITREP-Projekt ein fünffach differenziertes Raster verwendet. Neben der Darstellung sachpolitischer Positionen des Abgeordneten oder seiner Partei wurde die Vermittlung eigener Tätigkeiten im Parlament ebenso erfasst wie Erklärungen, die sich auf die Institutionenordnung, ihre Strukturen und Funktionslogik beziehen. Die Beobachter dokumentierten zudem Hinweise auf fraktionsinterne oder innerhalb der Regierungsmehrheit auftretende Vetopotentiale und Verhandlungszwänge, die in der Funktionslogik parlamentarischer Demokratie gründen, „von außen“ oft aber unsichtbar bleiben. Als weitere Kategorie diente schließlich die Darstellung beschränkter finanzieller Handlungsspielräume, die sich etwa aus den Schuldenbegrenzungsregeln des Grundgesetzes ergeben.³⁸

Im Gesamtbild passen die empirischen Daten zur großen Bedeutung der Politikvermittlungskomponente. Die Darstellung inhaltlicher Positionen spielte in mehr als jeder zweiten parteiinternen Veranstaltung (54,0 Prozent) eine große oder sehr große Rolle und liegt damit deutlich über dem Schnitt für die Wahlkreisarbeit insgesamt (38,6 Prozent). Im Vergleich der einzelnen Veranstaltungstypen ist das nach politischen Veranstaltungen und Journalistenkontakten der drittgrößte Wert. Ähnliches gilt für die Vermittlung der eigenen Parlaments-tätigkeit sowie interner Vetopotentiale, denen in knapp jeder dritten (32,0 Prozent) beziehungsweise jeder fünften Veranstaltung (20,0 Prozent) eine große oder sehr große Rolle zukam. Für beide Kategorien wurden aber nicht nur im Vergleich zur Wahlkreisarbeit (18,1 beziehungsweise 9,4 Prozent) überdurchschnittliche Anteile erreicht. Parteiinterne Termine erzielten unter allen Veranstaltungstypen hier die besten Werte. Dass Abgeordnete gerade parteiintern auf eigene Leistungen und deren Grenzen verweisen, erscheint auch überaus plausibel, denn hier wenden sie sich an jene Personen, die auch für die Kandidatennominierung zuständig sind. Weil für die Entscheidungen des Selektorats – im Gegensatz zum Elektorat der Wahlbürger – aber vor allem die auszuwählenden Personen wichtig sind, wird diesem auch am ehesten ein persönlicher Tätigkeitsnachweis erbracht.

Im Vergleich zu den bisher berichteten Daten fallen die beiden weiteren Kategorien der Politikdarstellung etwas ab. Erklärungen zur Funktionslogik und -praxis der Institutionenordnung kam in 16,0 Prozent der parteiinternen Termine eine große oder sehr große Rolle zu – ein Wert, der bei vielen anderen Veranstaltungstypen ähnlich hoch war und folglich auch nahe am Durchschnitt für die Wahlkreisarbeit insgesamt (15,4 Prozent) liegt.³⁹ Deutlich unterdurchschnittlich wird hingegen auf beschränkte finanzielle Handlungsspielräume verwiesen: Nur in 6,0 Prozent der internen Kontakte zur Parteiorganisation spielte dies eine herausgehobene Rolle, aber in 12,2 Prozent aller Wahlkreisveranstaltungen. Selbst bei Vereinsbesuchen, also Kontakten zum vorpolitischen Raum, fällt dieser Wert höher aus (6,3 Prozent), während Treffen mit Interessengruppen den Höchstwert ausmachen (28,9 Prozent). Auch hier handelt es sich zweimal um triftige Befunde, die sich mit den Erwartungen der Kommunikationspartner und antizipierten Reaktionen der Abgeordneten begründen lassen: Einerseits sind Erklärungen zur Institutionenordnung bei parteiinternen Kontakten

37 *Richard F. Fenno*, a.a.O. (Fn. 12), S. 136 ff.

38 In Anlehnung an die einprägsamen Formeln *Richard F. Fenno*s könnte man hier etwa von „explaining purse“ sprechen.

39 Der Höchstwert wird hier bei politischen Veranstaltungen erreicht (23,7 Prozent).

weniger wichtig, weil es sich bei den Teilnehmern um politisch interessierte Bürger mit entsprechender Vorbildung handelt. Andererseits will wohl gerade die Basis nicht gern von finanziellen Restriktionen für die eigene Parteipolitik hören.

Erneut mit Bezug zu *Richard F. Fenno* wurde auch die Selbstdarstellung bei der Wahlkreisarbeit erfasst. *Fenno* hat für diese Komponente des Wahlkreisstils induktiv drei Einzelaufgaben herausgearbeitet, die im Folgenden für parteiinterne Veranstaltungen beleuchtet werden: Nachweisen müssen Abgeordnete demnach eigene Kompetenz und fachliche Qualifikation, Identifikation mit dem Wahlkreis sowie ein hinreichendes Einfühlungsvermögen in die Anliegen der Repräsentierten.⁴⁰

Die Daten zur Vermittlung eigener Fachkompetenz entsprechen den bisherigen Resultaten zur Orientierungsleistung der Abgeordneten und auch einem bisherigen Veranstaltungsmuster: In mehr als jeder zweiten parteiinternen Veranstaltung spielte sie eine große oder sehr große Rolle (52,0 Prozent). Dieser für die Wahlkreisarbeit (39,6 Prozent) überdurchschnittliche Wert wird nur knapp in politischen Veranstaltungen und bei Gesprächen mit Journalisten übertroffen (53,8 beziehungsweise 57,7 Prozent).

Erstaunlich wichtig ist auch die Identifikation mit dem Wahlkreis: In fast jeder zweiten parteiinternen Veranstaltung (46,9 Prozent) kam sie zum Tragen.⁴¹ Für die Wahlkreisarbeit allgemein trifft dies nur auf gut jeden vierten Termin (26,7 Prozent) zu. In der Tat wird hier der größte Wert unter allen Veranstaltungstypen erreicht, der überdies nur ein weiteres Mal mehr als 30 Prozent ausmacht (41,7 Prozent für gesellschaftliche Veranstaltungen). Offensichtlich gilt es gerade dem Selektorat die Zugehörigkeit zum Wahlkreis oder schlicht die Botschaft zu vermitteln: „Ich bin einer von Euch!“

Eher geringe Relevanz besitzt hingegen der Nachweis von Empathie, dem nur in 26,5 Prozent der parteiinternen Veranstaltungen und damit knapp unter dem Durchschnitt der Wahlkreisarbeit (27,4 Prozent) eine große oder sehr große Rolle zukam. Höhere Werte wurden in den meisten Veranstaltungstypen erreicht. Dieses Ergebnis korrespondiert mit den bisherigen Befunden zur parteiinternen Kommunikation: Zwar müssen eine starke Orientierungsleistung und der häufige Nachweis eigener Fachkompetenz empathisches Verhalten nicht ausschließen. Letzteres zeigt sich aber vor allem in geduldigem Zuhören. Den höchsten Wert jener Selbstdarstellungskomponente erreichen im Übrigen Bürgersprechstunden (40,0 Prozent; große und sehr große Bedeutung), in denen die Komponente der Informationsaufnahme die der Politikvermittlung – passend dazu – deutlich um knapp 50 Prozentpunkte übersteigt.

3. *Parteienwettbewerb vor Ort: moderate Parteien-, stille Abgeordnetenkonkurrenz*^{A2}

3.1. *Parteibezogene Kommunikationsrollen*

Wichtig für den Parteienwettbewerb im Wahlkreis ist zunächst, inwiefern Abgeordnete vor Ort als Vertreter ihrer Partei auftreten. Dass die Ansprechbarkeit und Kommunikation als

⁴⁰ Vgl. *Richard F. Fenno*, a.a.O. (Fn. 12), S. 57 ff.

⁴¹ Kumulierte Kategorien „groß“ und „sehr groß“.

⁴² Die Anzahl der beobachteten und (korrekt) kodierten Veranstaltungen, auf denen die Daten dieses Kapitels beruhen, liegt zwischen 430 (Abgeordnetenkonkurrenz im Wahlkreis) und 444 (Kommunikationsrollen).

Repräsentant der eigenen Partei zur Parteiarbeit gehört, spiegelt sich in unseren Daten deutlich: In knapp jeder dritten Wahlkreisveranstaltung (31,8 Prozent) nahmen Abgeordnete häufig oder sehr häufig diese Kommunikationsrolle ein; nur in 22,6 Prozent agierten sie gar nicht als Parteivertreter.⁴³ Angesichts der sowohl bei ihrer Wahl als auch im Parlament wirk-samen institutionellen Anreizmechanismen kann dieses Ergebnis nicht überraschen. Es ent-spricht auch Aussagen der Parlamentarier selbst, wonach der Erwerb von Vertrauen für die eigene Partei eine wichtige Aufgabe darstellt und im Rahmen der Darstellung eigener poli-tischer Leistungen in erster Linie Erfolge der Partei betont werden.⁴⁴

Wenig erstaunen auch die Befunde einer auf die Art der Veranstaltungen bezogenen Analyse: Während Abgeordnete in fast jeder politischen Veranstaltung (97,4 Prozent) und bei nahezu allen Treffen mit Interessengruppen (94,9 Prozent) als Repräsentanten ihrer Partei agieren, nehmen sie in gesellschaftlichen Veranstaltungen und bei Vereinsbesuchen nur bei gut jedem zweiten Termin (55,6 beziehungsweise 56,2 Prozent) diese Rolle ein.

Eine erste Analyse möglicher Prägefaktoren zeigt zudem, dass die Abgeordneten kleiner Parteien stärker als ihre Kollegen aus CDU/CSU und SPD als Parteivertreter kommunizie-ren: In 46,9 Prozent aller Veranstaltungen tun sie dies häufig oder sehr häufig, während die kumulierten Anteile für Parlamentarier aus beiden Großparteien bei 25,6 Prozent liegen. Auch wenn man auf den Anteil an Terminen schaut, bei denen diese Kommunikationsrolle mindestens einmal ausgeübt wurde (89,8 Prozent für MdBs kleiner versus 72,5 Prozent für MdBs großer Parteien), ergeben sich für das Kriterium Parteigröße die größten Prozent-punktdifferenzen aller geprüften Einflussfaktoren. Erklärt werden kann dies damit, dass die Mitglieder kleiner Fraktionen vor allem über die Landeslisten ihrer Partei in den Bundestag einziehen und eher selten über realistische Gewinnchancen im Wahlkreis verfügen: Wenn sich bei ihnen dadurch stärker als bei Kollegen großer Parteien die Wahrnehmung einstellt, beim Mandatserhalt auf die eigene Partei angewiesen zu sein, könnte dies auch bei der Kommunikation als Parteivertreter Niederschlag finden.

Die eingangs formulierte Erwartung, dass sich Abgeordnete zumindest gelegentlich auch von der eigenen Partei abgrenzen, findet in unseren Daten ebenso Bestätigung. In ungefähr jedem fünften Termin (20,7 Prozent) kam es zu einer solchen Distanzierung. Allerdings ge-schah dies meist nur vereinzelt: in mehr als der Hälfte dieser Veranstaltungen (11,7 Prozent) erfolgten Abgrenzungen selten, nur in 3,4 Prozent häufig und in 1,4 Prozent sehr häufig.

Wovon sich Parlamentarier konkret distanzieren, kann nicht systematisch beantwortet werden. Aus einzelnen Beobachtungsprotokollen geht allerdings hervor, dass neben inhaltli-chen Positionen auch die strategische Ausrichtung kritisiert wird und hiervon sowohl die Landespartei als auch die Parteiorganisation auf Bundesebene und die eigene Bundestagsfrak-tion betroffen sind. Manchmal wird auch nur von „der“ Partei gesprochen.⁴⁵ Insgesamt dürf-te es sich vor allem um ein gelegentliches Verdeutlichen eigenständiger Positionen handeln.⁴⁶

43 Weitere Kommunikationsrollen, die im Rahmen unserer Studie dokumentiert wurden (etwa als Vertreter des Parlaments oder der Bundespolitik) erwiesen sich demgegenüber als deutlich weniger wichtig. Eine detaillierte und vergleichende Analyse aller bei der Wahlkreisarbeit eingenommenen Kommunikationsrollen bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten.

44 Vgl. *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 7), S. 468, S. 490, Fn. 72.

45 Beobachtungsprotokolle (anonymisiert).

46 Im Einzelfall kann hierzu aber auch Polemik gehören. So vergleicht ein Abgeordneter während eines Unternehmensbesuchs die eigene Partei, die ihm „auf den Keks (geht)“, mit der „Büchse der Pandora“, Beobachtungsprotokoll (anonymisiert).

Interessanterweise sind es dabei Volksvertreter in ihrer ersten Wahlperiode, die sich intensiver von ihrer Partei distanzieren: Während in 9,7 Prozent ihrer Termine häufig und sehr häufig Abgrenzungen festzustellen waren, gilt dies für ihre dienstälteren Kollegen bei nur 2,3 Prozent der Veranstaltungen.⁴⁷ Vor allem zwei Erklärungen, die sich auch nicht widersprechen, sind für einen solchen Senioritätseffekt denkbar: Zum einen ließe sich argumentieren, dass Parlamentsneulinge gegenüber langjährigen Mitgliedern des Bundestags über einen geringeren Bekanntheitsgrad im Wahlkreis verfügen, den sie bewusst durch ein verstärktes „Auffallen“ in Form von Abgrenzungen von der eigenen Partei zu kompensieren versuchen. Distanzierungen entspringen demnach strategischem Verhalten. Zum anderen kann die seltener anzutreffende Parteikritik bei dienstälteren Parlamentariern auch als Resultat eines generellen Sozialisationsprozesses interpretiert werden, in dessen Verlauf die Bedeutung der eigenen Partei und Fraktion – sowohl bei Wahlen als auch im Hinblick auf die eigene parlamentarische Wirksamkeit – stärker wahrgenommen wird.

Im Übrigen spielen Distanzierungen von der eigenen Partei auch in genau drei von zehn parteiinternen Veranstaltungen eine Rolle – ein Wert, der nur bei Treffen mit Journalisten (34,6 Prozent) übertroffen wird. Dies verdeutlicht einmal mehr, dass Parteien fragmentierte Mehrebenensysteme darstellen. Mit Blick auf das verstärkte Abgrenzungsverhalten bei Parlamentsneulingen stützt dieser hohe Wert zudem eher die genannte SozialisationsThese, denn in parteiinternen Veranstaltungen lässt sich der Bekanntheitsgrad im Wahlkreis wenig steigern.

3.2. Parteienkonkurrenz bei der Wahlkreiskommunikation

Zur Funktionslogik und -praxis der parlamentarischen Demokratie gehören der Parteienwettbewerb und vor allem die Konkurrenz von Regierungsmehrheit und Opposition. Schlägt sich die damit einhergehende Wettbewerbslogik aber auch in der Wahlkreiskommunikation der Abgeordneten nieder? In den Beobachtungsbögen wurde zwischen Verweisen auf politische Gegner, der darüber hinaus gehenden Abgrenzung sowie zwischen Sachkritik und Polemik (negative Fremddarstellung in Form von sachlich-argumentativer oder unsachlich-abwertender Kritik) gegenüber der politischen Konkurrenz unterschieden.

Ausweislich unserer Daten findet die parlamentarische Parteienkonkurrenz nur in moderater Form ein lokales Widerlager. Auf den ersten Blick wird der politische Gegner zwar regelmäßig erwähnt: In ungefähr der Hälfte der Veranstaltungen (53,3 Prozent) kommt es zu Verweisen auf andere Parteien; Abgrenzungen konnten bei vier von zehn Terminen (40,8 Prozent) festgestellt werden. Wenn politische Gegner genannt werden, geschieht dies innerhalb einer Veranstaltung aber nur vereinzelt. Deutlich wird dies, wenn man beispielsweise die Kategorien „nie“ und „selten“ kumuliert: In drei Viertel aller Veranstaltungen kommt es nicht oder nur selten zu Verweisen und Abgrenzungen (74,5 beziehungsweise 75,1 Prozent).⁴⁸

Ein auf niedrigerem Niveau ähnliches Bild ergibt sich für sachliche oder polemische Kritik, die einerseits in jeder dritten (34,8 Prozent) beziehungsweise jeder fünften (19,0 Prozent) Veranstaltung zu verzeichnen waren. Andererseits wurde in vier von fünf (79,2

⁴⁷ Zum Beobachtungssample gehören 21 Parlamentsneulinge und 43 dienstältere MdBs.

⁴⁸ Nur in jeder zehnten Veranstaltung (9,9 beziehungsweise 9,3 Prozent) geschieht dies häufig, lediglich bei jedem 20. Termin (5,0 beziehungsweise 5,2 Prozent) sehr häufig.

Prozent) beziehungsweise neun von zehn Terminen (89,8 Prozent) allenfalls selten Kritik geübt.⁴⁹ Nur in 2,7 beziehungsweise 1,4 Prozent aller Wahlkreistätigkeiten wurden beide Kritikformen sehr häufig dokumentiert.

Differenziert man wiederum nach verschiedenen Veranstaltungstypen, sind es parteiinterne Termine, politische Veranstaltungen und Gespräche mit Journalisten, in denen andere Parteien besonders häufig erwähnt werden.⁵⁰ So finden beispielsweise in 78,0 Prozent aller parteiinternen Treffen und 76,9 der Journalistenkontakte Verweise statt, aber nur in 37,5 Prozent der Bürgersprechstunden. Polemische Kritik wird in 39,5 Prozent aller politischen Veranstaltungen geübt, aber nur in 8,3 Prozent der Besuche in Behörden und öffentlichen Einrichtungen. In 18,0 Prozent der parteiinternen Tätigkeiten und damit deutlich mehr als in allen anderen Veranstaltungskategorien konnten polemische Äußerungen häufig oder sehr häufig festgestellt werden.

Interessant ist darüber hinaus, dass der politische Gegner bei Abgeordneten der Opposition häufiger Erwähnung findet – ein angesichts der oppositionellen Kritik- und Alternativfunktion zu erwartendes Ergebnis – sowie bei Vertretern kleiner Parteien.⁵¹ Umgekehrt ist die Parteienkonkurrenz bei Mitgliedern der Regierungsmehrheit und der Volksparteien weniger ausgeprägt. In allen vier beleuchteten Kategorien finden sich die größten Prozentpunktunterschiede aber auch hier für das Senioritätskriterium: Während sich Parlamentsnovizen zum Beispiel in jeder vierten Veranstaltung (24,6 Prozent) häufig oder sehr häufig von anderen Parteien abgrenzen und bei gut jedem fünften Termin (21,7 Prozent) häufig oder sehr häufig Sachkritik üben, tun dies ihre dienstälteren Kollegen nicht einmal auf jeder zehnten Veranstaltung (9,7 beziehungsweise 7,4 Prozent). Damit zeichnen sich Bundestagsneulinge also nicht nur, wie oben berichtet, durch Abgrenzungen von der eigenen Partei, sondern auch vom politischen Gegner aus. Ihr Wahlkreisstil ist im Vergleich zu ihren erfahreneren Kollegen damit durch mehr „Individualisierung“ gekennzeichnet (ein aufgrund der geringeren Verweil- und Sozialisationsdauer im professionellen Politikbetrieb durchaus plausibles Ergebnis), wie auch durch kompetitives Verhalten gegenüber anderen Parteien.

3.3. Abgeordnetenkonkurrenz bei der Wahlkreiskommunikation

Während sich die Parteienkonkurrenz durchaus in der Wahlkreiskommunikation niederschlägt, gilt dies kaum für den Wettbewerb der Abgeordneten als Personen. In den meisten Veranstaltungen blieben im selben Wahlkreis tätige Mitglieder des Deutschen Bundestages ungenannt: In 91,4 beziehungsweise 96,7 Prozent der Veranstaltungen gab es keine Verweise auf oder Abgrenzungen von örtlichen Konkurrenten. In 97,2 beziehungsweise 98,8 Prozent der Termine wurde auch keinerlei sachliche oder polemische Kritik an diesen verzeichnet. Die kumulierten Anteile für „nie“ und „selten“ liegen bei allen vier Formen der

49 Kumulierte Kategorien „nie“ und „selten“.

50 Dies gilt für alle vier Formen der Erwähnung und auch unabhängig davon, ob man nur auf den Anteil an Veranstaltungen schaut, in denen andere Parteien überhaupt genannt wurden, oder auf die kumulierten Kategorien „häufig“ und „sehr häufig“.

51 Vergleichsbasis: häufige und sehr häufige Verweise auf sowie Sachkritik an anderen Parteien. Zum Beobachtungssample gehören 26 MdBs kleiner (FDP, Grüne, Linke) und 38 großer Parteien (CDU, CSU, SPD) sowie 29 MdBs der Regierungsmehrheit und 35 der Opposition.

Erwähnung bei über 99 Prozent. Zudem gab es keine einzige Veranstaltung, in der Wahlkreiskontrahenten in irgendeiner Form sehr häufig Erwähnung fanden; bei lediglich zwei von 430 Veranstaltungen geschah dies häufig.⁵² Im Vergleich zum Parteienwettstreit findet die Abgeordnetenkonkurrenz also eher im Stillen statt.

Auch in den Beobachtungsprotokollen finden sich zahlreiche Hinweise auf einen wenig konfrontativen Kommunikationsstil im Wahlkreis. Berichtet wird zum einen, dass Verweise auf andere ortsansässige Abgeordnete nicht immer kompetitiv motiviert sind: Ein Parlamentarier empfiehlt Vertretern eines finanziell bedrohten Frauenhauses beispielsweise die zusätzliche Kontaktaufnahme zur vor Ort tätigen Kontrahentin. Zum anderen werden positive Einschätzungen zum politischen Gegner, die Kommunikationspartner vorbringen, seitens der beobachteten Abgeordneten ignoriert und nicht „gekontert“.⁵³ Exemplarisch äußerte ein Mandatsinhaber auf einer Veranstaltung in einer Bildungseinrichtung: „Es macht unglaublich unwürdig, wenn man im Wahlkreis sein Parteisüppchen kocht.“⁵⁴ Diese Aussage verweist auf zwei mögliche Erklärungen: So könnte auf konfrontatives Verhalten weitgehend verzichtet werden, weil dieses nicht den (so wahrgenommenen) normativen Erwartungen der Bürger entspricht.⁵⁵ Neben solch nachfrageseitigen „strategischen“ Gründen könnten aber auch individuelle „expressive“ Motive eine Rolle spielen: wenn nämlich personalisierte Konkurrenz und Konfrontation im Bundestag – vor allem im Plenarsaal – von dessen Funktionslogik erzeugt und gewissermaßen „aufgezwungen“, gemäß der eigenen Persönlichkeitsdisposition aber eher als unangenehm oder als (übertriebener) ritualisierter Antagonismus⁵⁶ empfunden wird. Ebenso wie das vorstehende Zitat stützt ein Blick auf die verschiedenen Veranstaltungstypen im Grunde beide Interpretationen: Wenn auf andere Abgeordnete verwiesen oder überhaupt einmal sachliche und polemische Kritik an ihnen geübt wird, geschieht dies vor allem in parteiinternen⁵⁷ und politischen Veranstaltungen, in denen konfrontatives Verhalten sowohl seitens des Publikums als auch funktionslogisch erwartet werden kann.⁵⁸

Dass die vor Ort tätigen Konkurrenten zwar selten erwähnt, aber durchaus beachtet werden, wird hingegen in den Leitfadenterviews deutlich. Die provokative Frage, ob weitere Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis eine besondere Bedeutung für die eigene Arbeit

52 Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu beachten, dass nicht in jedem Wahlkreis mehrere Abgeordnete – also der erfolgreiche Direktkandidat und ein oder mehrere MdBs, die über die Parteiliste in den Bundestag einzogen, aber auch im Wahlkreis antraten – vorhanden sind. Allerdings gilt dies für nur sieben von 64 MdBs im Beobachtungssample, das heißt bei 57 Abgeordneten ergibt sich eine Abgeordnetenkonkurrenz im selben Wahlkreis.

53 Beobachtungsprotokolle (anonymisiert).

54 Beobachtungsprotokolle (anonymisiert).

55 Demoskopische Befunde legen nahe, dass es sich dabei um eine erfolgreiche Antizipation der Bürgermeinung handelt. Vgl. etwa *Werner J. Patzelt*, Warum verachten die Deutschen ihr Parlament und lieben ihr Verfassungsgericht? Ergebnisse einer vergleichenden demoskopischen Studie, in: *ZParl*, 36. Jg. (2005), H. 3, S. 517 – 538, S. 527, S. 531.

56 Vgl. *Renate Mayntz / Friedhelm Neidhardt*, a.a.O. (Fn. 20), S. 382.

57 So kam es zum Beispiel in 16,0 Prozent der parteiinternen Treffen zu Verweisen auf konkurrierende MdBs (höchster Wert in dieser Kategorie).

58 Die sehr geringen Fallzahlen lassen belastbare Aussagen zu möglichen Prägefaktoren der Abgeordnetenkonkurrenz nicht zu. Dies wird auch daran deutlich, dass für einige der betrachteten Einflussfaktoren ambivalente Ergebnisse vorliegen, die für die vier untersuchten Formen der Erwähnung (Verweis, Abgrenzung, Sachkritik, Polemik) in gegensätzliche Richtungen verlaufen.

haben, bejaht zumindest knapp die Hälfte der interviewten Parlamentarier (23 von 53 MdBs). Eine vertiefte Auswertung der zustimmenden Antworten weist auf zwei zu differenzierende Folgen hin: Als individuelle Konsequenz betont wird vor allem, dass man die Tätigkeiten der Konkurrenz beobachtet und auf diese reagiert. Beispielfhaft illustrieren dies folgende Zitate:

„Das ist natürlich eine Frage von Konkurrenz und damit auch von Schnelligkeit, was die Bearbeitung und das Erkennen von bestimmten Problemen angeht. Es ist auch eine Frage von Kommunikation und medialer Kommunikation. Wo man alleiniger Platzhirsch ist, kann man manches in einem eigenen Rhythmus machen. Hier wird der Rhythmus eben auch durch die Auseinandersetzung mitbestimmt.“ (*Ernst-Dieter Rossmann*, MdB, SPD)

„Das spielt schon eine Rolle, weil man in einem gewissen politischen Wettbewerb steht und natürlich auf Aussagen von Kollegen reagiert.“ (*Stephan Kühn*, MdB, Grüne)

Zugleich wird aber auch die (aus Abgeordnetersicht) positive Bedeutung für den Wahlkreis insgesamt hervorgehoben, wie dies die beiden nachstehenden Aussagen verdeutlichen:

„Ja, es spielt natürlich eine Rolle, denn zunächst einmal profitieren Bürger in einem Wahlkreis davon, dass sich mehrere Bundestagsabgeordnete um die Belange kümmern. [...] Wie heißt es so schön: Konkurrenz belebt das Geschäft! Die Bürger können ihre Wahl und ihre Sympathien zu Parteien und politischen Positionen viel konkreter treffen, weil sie vor Ort konkrete Ansprechpartner der Politik haben.“ (*Andrea Astrid Voßhoff*, MdB, CDU)

„Wenn Sie mehr als einen Abgeordneten haben, steigert das nach meiner Wahrnehmung schon das Gesamtniveau der Abgeordnetenpräsenz, weil es natürlich auch den Antrieb gibt, wechselseitig etwas zu machen und aktiv zu sein.“ (*Johannes Vogel*, MdB, FDP)

Im Gesamtbild zeigt sich damit, dass ein direkter kommunikativer Wettbewerb (durch Abgrenzungen von und Kritik an anderen Abgeordneten) zwar weitgehend fehlt, diese stille Abgeordnetenkonkurrenz aber weder für Repräsentanten noch Repräsentierte folgenlos bleibt.

4. Die Mühen der parteipolitischen Ebene: wichtiger Bestandteil der Abgeordnetenrolle

Die präsentierten explorativen Ergebnisse werden in detaillierteren Analysen durch einen systematischen Abgleich aller CITREP-Daten zu erhellen sein. Viele der hier berichteten Zahlen dürften aber schon jetzt ein verlässliches Bild zur Parteiarbeit im Wahlkreis zeichnen. Zusammenfassend können folgende Kernbefunde festgehalten werden, die weitgehend den eingangs formulierten Erwartungen entsprechen:

(1) Allgemein zeigen die Daten eine feste Verankerung der Mitglieder des Deutschen Bundestags in den unteren Parteigliederungen. Auch wenn Abgeordnete eine vielfältige Wahlkreisarbeit betreiben und ganz unterschiedlichen Kommunikationspartnern begegnen, kann die eigene Parteiorganisation doch als wichtigste Bezugsgruppe im Wahlkreis gelten. Darauf deuten etwa Anzahl und Gesamtdauer parteibezogener Veranstaltungen hin. Dass die allermeisten Parlamentarier ohne parteiinterne Gegenkandidaten im Wahlkreis wiedernominiert werden⁵⁹, dürfte also in erster Linie daran liegen, dass sie ihre Ort- und Kreispar-

59 Vgl. etwa *Marion Reiser*, Wer entscheidet unter welchen Bedingungen über die Nominierung von Kandidaten? Die innerparteilichen Selektionsprozesse zur Aufstellung in den Wahlkreisen, in: *Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011, S. 237 – 259, S. 250.

teien tatsächlich intensiv pflegen. Aber auch über formale Wahlkreisgrenzen hinaus werden Parteitermine wahrgenommen, die sich aus der Betreuung weiterer geographischer Bereiche und der eigenen Fachspezialisierung im Bundestag⁶⁰ ergeben.

(2) Zugleich zeichnet sich die Parteiarbeit selbst durch vielseitige Formen und Funktionen aus. Keinesfalls dominieren die gelegentlich beklagten Präsenz- und Festveranstaltungen. Die Kontaktmuster der Abgeordneten umfassen vielmehr vor allem Vorstandssitzungen, aber auch Mitgliederversammlungen, Gespräche mit Mitgliedern der Landtage oder Treffen parteiinterner Arbeitsgruppen. Funktional geht es damit sowohl um das Erfassen und Bearbeiten lokaler Problemlagen als auch um die Vernetzung der parteilichen und fraktionellen Willensbildung (beides im Übrigen gerade im Rahmen lokaler und regionaler Führungsfunktionen). Aber auch die themenbezogene Sacharbeit sowie die Befriedigung der Nähe- und Integrationsbedürfnisse einfacher Parteimitglieder⁶¹ spielen eine Rolle.

(3) Ein in sich stimmiges Bild entsteht für die Inhalte parteiinterner Kommunikation, die vor allem von der Orientierungsleistung der Abgeordneten geprägt werden.⁶² Auch hierin spiegelt sich wider, dass sie häufig Führungspositionen besetzen, zu denen die Richtungsgebung gehört und auch von ihren Rollenpartnern erwartet wird. Im Gegensatz zu vielen anderen Wahlkreistätigkeiten vermitteln Parlamentarier bei parteiinternen Terminen verstärkt politische Inhalte sowie die eigene Parlamentstätigkeit. Im Vergleich am häufigsten wird hier auch auf Beteiligungs- und Vetopotential in Fraktion und Regierungsmehrheit hingewiesen – etwa darauf, dass man sich im „Mannschaftssport“ der Politik trotz unterschiedlicher Ansichten auf eine gemeinsam getragene Kompromisslösung geeinigt hat oder dass es für bestimmte Positionen noch keine Mehrheit innerhalb der Fraktion gibt. Solche Verweise auf fraktionsinterne Arbeitsprinzipien sind umso wichtiger, als diese hinter der Kollektivlogik parlamentarischer Demokratie oft verborgen bleiben, jene aber eigentlich erst zu einem demokratischen Phänomen machen. Volksvertreter betreiben in ihren Parteien damit politische Bildungsarbeit im besten Sinne. Bedauern darf man allerdings, dass dies nicht generell für die Wahlkreisarbeit gilt, bei der auch politisch wenig interessierte Bürger erreicht werden sollten. Neben der häufigen Vermittlung persönlicher Fachkompetenz gehört zu den Grundzügen der Parteikommunikation zudem eine ausgeprägte Darstellung

60 Im Rahmen der Beobachtungen wurde dokumentiert, dass Parlamentarier für themenbezogene Veranstaltungen gelegentlich auch spezialisierte Fraktionskollegen einladen. Überhaupt enthalten unsere bisher ausgewerteten Daten Indizien dafür, dass Abgeordnete mit den Themen ihrer Spezialisierung teilweise das gesamte Bundesland oder sogar die gesamte Bundesrepublik abdecken. Beobachtungsprotokolle (anonymisiert).

61 Auch diese Funktion sollte nicht unterschätzt und als verzichtbar abgetan werden. Reichhaltiger Kontakt zur in Berlin tätigen politischen Prominenz macht mitgliederschafliches Engagement in den Parteien jedenfalls nicht unattraktiver. Zudem dürfte die Präsenz der Abgeordneten dafür sorgen, dass im Alltag der Orts- und Kreisverbände häufiger bundespolitische Themen debattiert werden.

62 Nicht durch unsere Daten gedeckt wäre aber die umgekehrte Aussage, dass Abgeordnete damit zugleich abgehoben oder – wissenschaftlich formuliert – wenig responsiv agieren. In mehr als 40 Prozent aller parteiinternen Veranstaltungen spielt die Informationsaufnahme eine herausgehobene Rolle. Im Übrigen kann das Präsentieren eigener Standpunkte auch dazu dienen, diese auf „Zustimmung“ durch die örtlichen Parteigliederungen zu testen. Gerade durch die vorangehende Orientierungsleistung können letztere mithin zu einem Resonanzraum für sachpolitische Positionen der Abgeordneten und ihrer Fraktionen werden.

eigener Zugehörigkeit zum Wahlkreis: In keinem anderen Veranstaltungstyp wird die Botschaft „Ich bin einer von Euch“ öfter kommuniziert.

(4) Die weit verbreitete Annahme, dass Mitglieder des Bundestags auch vor Ort als Repräsentanten ihrer Partei kommunizieren, lässt sich mit den CITREP-Daten empirisch belegen. Sie zeigen, dass Abgeordnete im Rahmen ihrer Wahlkreisarbeit auch als Parteivertreter kontrolliert und verantwortlich gemacht werden (können). Bestätigung findet außerdem die Erwartung, dass sich Parlamentarier gelegentlich von der eigenen Partei abgrenzen, etwa indem sie eigene Positionen herausstellen. Dass dies in besonderem Maße parteiintern geschieht, verdeutlicht die in demokratischen Parteien anzutreffende heterogene Organisationsstruktur – und lässt diesen Befund weder empirisch überraschend noch normativ bedenklich erscheinen.

(5) Die parlamentarische Parteienkonkurrenz schlägt sich in moderater Form in der Wahlkreiskommunikation nieder. Andere Parteien finden zwar in ungefähr jeder zweiten Veranstaltung Erwähnung, allerdings meist nur vereinzelt. Ähnlich, aber auf niedrigerem Niveau gilt dies für sachliche und polemische Kritik am politischen Gegner, die vorkommen, aber eine Veranstaltung in der Regel nicht prägen. Im Gesamtbild häufiger wird die politische Konkurrenz bei parteiinternen Treffen, politischen Veranstaltungen und in Gesprächen mit Journalisten genannt.

(6) Eher selten und in diesem Ausmaß unerwartet verweisen Abgeordnete hingegen auf andere, im selben Wahlkreis tätige Kollegen. Kaum einmal werden diese sachlich kritisiert oder mit Polemik bedacht. Obwohl der Wahlkreis auch für den einzelnen Abgeordneten eine kompetitive Arena darstellt, herrscht in dieser Hinsicht also kein wettbewerbsorientierter Kommunikationsstil vor. Einerseits kann diese stille Abgeordnetenkonkurrenz als Reaktion auf antizipierte Erwartungen der Bürger interpretiert werden. Andererseits scheint konfrontatives Verhalten aber auch nicht der persönlichen Disposition der Volksvertreter zu entsprechen. Jenseits von Wahlkämpfen wird es insbesondere durch die Funktionslogik des Plenarsaals erzeugt, in dem scharfe Abgrenzung und zugespitzte Konfrontation vor allem an Fernsehzuschauer und Zeitungsleser gerichtet sind.

(7) Während die bisherigen Analysen praktisch keine Unterschiede zwischen Bundestagsabgeordneten mit Direkt- und Listenmandat ausweisen, stechen zwei andere Prägefaktoren für die hier untersuchte Parteiarbeit im Wahlkreis hervor. Ausweislich unserer Daten kommunizieren Abgeordnete kleiner Parteien weitaus stärker als Parteivertreter als ihre Kollegen aus CDU/CSU und SPD. Resultieren dürfte dies aus der Wahrnehmung, bei in der Regel geringen Gewinnchancen im Wahlkreis stärker auf die eigene Partei angewiesen zu sein. Dazu passt auch der weitere Befund, dass Verweise auf und Abgrenzungen von anderen Parteien bei ersteren eine deutlich größere Rolle spielen. Umgekehrt treten Vertreter der Großparteien mit Blick auf ihre Kommunikationsrollen und die Parteienkonkurrenz etwas parteiunabhängiger im Wahlkreis auf.⁶³ Mehr noch als die Parteigröße scheint allerdings die

63 Zumindest für die Kommunikationsrolle als Parteivertreter und die Parteienkonkurrenz im Wahlkreis kann Folgendes behauptet werden: Da die Differenzen zwischen Abgeordneten mit und ohne realistische Gewinnchance im Wahlkreis fast immer geringer ausfallen als für Abgeordnete kleiner und großer Parteien, scheint die Parteigröße der eigentlich relevante Prägefaktor zu sein. Operationalisiert wurde dieses weitere Kriterium wie folgt: Über eine realistische Gewinnchance im Wahlkreis verfügen naturgemäß Abgeordnete mit Direktmandat sowie über die Parteiliste eingezogene Parlamentarier, die im Wahlkreis mit höchstens zehn Prozent Abstand zum Erstplatzierten gescheitert sind. Zum Beobachtungssample gehören 39 MdBs mit und 25 ohne realistische Gewinnchance.

Zugehörigkeitsdauer zum Bundestag zu Unterschieden bei der Repräsentationspraxis vor Ort zu führen. Zumindest kann festgestellt werden, dass sich Parlamentsneulinge besonders häufig sowohl vom politischen Gegner als auch von der eigenen Partei abgrenzen. Sie zeichnen sich damit durch kompetitives Parteiverhalten aus, aber auch durch einen stärker individualisierten Wahlkreisstil. Beides kann als strategisches Handeln begriffen werden, das darauf abzielt, als neuer Mandatsinhaber im Wahlkreis Beachtung zu finden und als individueller Volksvertreter sichtbar und namentlich bekannt zu werden. Billigt man dem Abgeordnetenverhalten eine solche Rationalität nicht zu, spricht anderenteils viel dafür, dass es sich um Sozialisationseffekte handelt. Häufigere Distanzierungen von der eigenen Partei gingen dann aus dem Umstand hervor, dass deren elektorale und parlamentarische Bedeutung bei neuen Abgeordneten (zunächst) geringer wahrgenommen wird. Überbewertet würde hingegen (zunächst) die Rolle, die konfrontatives Verhalten im politischen Betrieb jenseits medialer Kommunikation spielt.⁶⁴

Das Gesamtbild der hier präsentierten Zahlen lässt noch weitere Schlussfolgerungen zu. Keine Anhaltspunkte finden sich in unseren Daten für die im Typus der Kartellpartei unterstellte Lockerung innerparteilicher Basisanbindung.⁶⁵ Auch wenn nur eine Längsschnittuntersuchung systematische Befunde hierzu liefern kann: Die berichteten Kommunikations- und Vernetzungsanstrengungen deuten nicht darauf hin, dass untere Parteigliederungen und deren Mitglieder für Parteieliten zunehmend überflüssig werden und nur noch als „legitimizing myth“⁶⁶ zum Parteileben beitragen. Auf eine abnehmende Bedeutung der Parteibasis und deren Führungsgremien weist auch nicht hin, dass viele CITREP-Daten auffallend mit den Ergebnissen einer bereits 1994 durchgeführten Fragebogenstudie⁶⁷ übereinstimmen. Schon die Funktionslogik parlamentarischer Demokratie scheint demnach einige Hindernisse für eine solche Entwicklung bereitzuhalten. Auch im Rahmen ihrer Wahlkreisarbeit – so lässt sich schlussfolgern – tragen die Abgeordneten des Deutschen Bundestags dazu bei, dass Parteien als wichtig(st)er Linkage-Mechanismus repräsentativer Demokratie gelten können. Gerade zwischen Parteitagungen fungieren sie als zentrale Bindeglieder von Parteiorganisation und Parlamentsfraktion.

Über Gebühr loben muss man Volksvertreter dafür allerdings nicht. Die Mühen der parteipolitischen Ebene sind ein wichtiger Bestandteil ihrer Abgeordnetenrolle. Um vergebliche Mühe dürfte es sich dabei aber nicht handeln – weder für die Parlamentarier selbst noch für die parlamentarische Parteiendemokratie insgesamt.

ce. Vgl. zur Operationalisierung und zu ähnlichen Ergebnissen auch *Thomas Zittel / Thomas Gschwend*, Individualisierte Wahlkämpfe im Wahlkreis. Eine Analyse am Beispiel des Bundestagswahlkampfes von 2005, in: PVS, 48. Jg. (2007), H. 2, S. 293 – 321, S. 298 f., S. 313 ff.

64 Hier muss offen bleiben, in welchem Ausmaß das Verhalten von Parlamentsneulingen bewusster Entscheidung und parlamentarischer Sozialisation entspringt. In weiteren Analysen wird zu prüfen sein, ob sich in unseren Daten Anhaltspunkte für das eine oder andere Erklärungsangebot finden.

65 Vgl. *Richard S. Katz / Peter Mair*, Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: *Party Politics*, 1. Jg. (1995), H. 1, S. 5 – 28, S. 18, S. 21.

66 Ebenda, S. 18.

67 Vgl. *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 7).